

insbesondere mit Blick auf REDD und GCF von der tansanischen Regierung begrüßt, wie die zuständige Staatsministerin Terezya L. Huvisa in einer Rede am 27. Januar 2011 noch einmal verdeutlichte.⁶

FAZIT

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Klimadebatte in Tansania noch nicht angekommen ist. Meist werden einzelne Aspekte des Themas aufgegriffen, insbesondere dann, wenn infolge des Klimawandels Schäden entstehen. Die nationalen Maßnahmen werden im

6 | Vgl. Rede von Dr. Terezya L. Huvisa, Staatsministerin, Büro des Vizepräsidenten (Ressort Umwelt), am 27.01.2011 in Dar es Salaam, http://www.vpo.go.tz/announcements/view_news_item.php?id=152&intVariationID=1 [01.03.2011].

Wesentlichen von externen Akteuren initiiert und finanziert. Es überrascht, dass gerade vor dem Hintergrund der Energiekrise nicht ein viel stärkeres Gewicht auf Erneuerbare, emissionsarme und vor allem dezentral einsetzbare Energiequellen gelegt wird. Zwar wird Deutschland in diesem Bereich durchaus als Vorreiter gesehen; dennoch werden von tansanischer Seite kaum Versuche unternommen, deutsches Know-how und deutsche Umwelttechnik ins Land zu holen. Dass der Klimawandel die deutsch-tansanischen Beziehungen beeinflusst, ist derzeit nicht erkennbar. Tansania nutzt den Klimawandel in erster Linie als moralisches Argument, um sich zusätzliche finanzielle Hilfen der Geberländer zu erschließen. Mit rund 147 Millionen Euro an zugesagter Hilfe 2009 bis 2012 ist Deutschland einer der großen internationalen Geber und wird bei künftigen Verhandlungen zunehmend mit diesem Argument konfrontiert sein.

SÜDAFRIKA

Jennifer Schuster

EIN GRÜNBUCH FÜR EIN GRÜNES SÜDAFRIKA?

Südafrikas Ministerium für Wasser- und Umweltangelegenheiten hat kürzlich das lang erwartete *National Climate Change Response-Grünbuch* veröffentlicht. Hintergrund für die Neuauflage eines Grünbuches ist die zunehmende Bedeutung Südafrikas bei internationalen Klimaverhandlungen und dem eigenen Wunsch, ein *green leader* zu werden. In der Vergangenheit hat sich Südafrika als sehr aktiver Verhandlungspartner und Vermittler zwischen Entwicklungs-, Schwellen-, und Industrieländern profiliert. Das Grünbuch soll nun einen Plan darstellen, um Südafrika auch auf nationaler Ebene auf eine grüne Zukunft vorzubereiten. Bislang handelt es sich dabei jedoch nur um Absichtserklärungen, spezifische Verpflichtungen werden noch nicht eingegangen. Das Grünbuch wird vor allem von Experten als lose Diskussionsgrundlage eingestuft. Kritisiert wird hierbei das Fehlen von Strategieoptionen für einen Umsetzungsplan mit einer konkreten Zeitplanung. Die ambitionierte internationale Verhandlungsführung Südafrikas spiegelt sich somit noch nicht auf nationaler Ebene wider. Damit läuft das Grünbuch Gefahr, seinem Vorgänger, der 2004 veröffentlichten National Climate Change Response Strategy, durch mangelnden Umsetzungs- und Verpflichtungswillen zu folgen. Abzuwarten bleibt daher, wie es mit dem Grünbuch und anderen Initiativen

weitergehen wird. So reagierten südafrikanische Klimaschützer und internationale Klimaexperten beunruhigt auf die letzte Regierungserklärung des Präsidenten Jacob Zuma. Gerade dort hätte man in Bezug auf die Vorbereitungen zu COP17 in Durban eine eindeutige Stellungnahme zum Thema Klimawandel erwartet. Diese Erwartungen wurden allerdings nicht erfüllt: Zur Überraschung vieler hatte Jacob Zuma das Thema Klima nicht einmal angesprochen.

Neben den bereits spürbaren Auswirkungen, wie zum Beispiel Dürre in der Provinz Eastern Cape und einer Verschiebung von Regenfällen, die in der Provinz Limpopo zu Überflutungen führten, identifiziert das South African Country Studies Programme on Climate Change der Universität Natal weitere Bereiche, die vom Klimawandel negativ betroffen sein könnten. Mit einem möglichen globalen Temperaturanstieg zwischen ein bis drei Grad in den nächsten vierzig Jahren muss sich das Land auf vielfältige Veränderungen einstellen. Insbesondere der Gesundheitssektor wird vermutlich mit massiven Folgen konfrontiert sein. Eine Untersuchung über die zukünftigen Malaria-Risiken in Afrika kommt zu dem Ergebnis, dass sich die durch Malaria gefährdeten Gebiete bis 2100 um fünf bis sieben Prozent ausweiten werden, was wiederum zu einem höheren Infektionsrisiko innerhalb der Bevölkerung führen würde. Andere Szenarien sehen eine weitere Verbreitung von Wurmkrankheit durch steigende Wassertemperaturen, eine Austrocknung der

Weideländer und eine Reduzierung der Maisproduktion um zehn bis 20 Prozent in den nächsten 20 Jahren durch einen Anstieg der Lufttemperatur. Die hier aufgeführten Auswirkungen würden einen wesentlichen finanziellen Mehraufwand für Südafrika bedeuten.

Die südafrikanische Regierung erkennt die Auswirkungen des Klimawandels durchaus an, ob sie aber die Leistungs- und Handlungsfähigkeit besitzt, darauf zu reagieren und das Land und die Bevölkerung an die Herausforderungen anzupassen, ist unter Berücksichtigung der existierenden Klima-Maßnahmen mehr als fraglich.

Wie in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern beruht Südafrikas Energiegewinnung primär auf Kohle, einem besonders CO₂-intensiven Energieträger. Bedingt durch einen Anteil von 39 Prozent Kohle in der Energieversorgung ist Südafrika der größte Verursacher von CO₂ auf dem afrikanischen Kontinent, und das obwohl eine große Anzahl der südafrikanischen Haushalte bislang noch keinen Zugang zu Elektrizität besitzt. Den Hintergrund dafür bildet die gestiegene Energienachfrage, die sich zwischen 1980 und 2004 nahezu verdoppelte. Allein das südafrikanische Stromversorgungsunternehmen Eskom emittiert dabei 350 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr und tritt zudem als Stromexporteur für Mosambik, Namibia und Simbabwe auf. Die Stromproduktion im eigenen Land bleibt dabei aber nur unzureichend gesichert, vor allem in den urbanen Zentren kam es in der Vergangenheit immer wieder zu Stromausfällen. Diese werden nach neusten Aussagen auch für dieses Jahr erwartet.

Die Regierung verfolgt zusätzlich die Strategie, die Monopolstellung des Energiekonzerns Eskom aufrechtzuerhalten und erschwert damit Privatinvestitionen im Energiesektor, die, unter anderem, zu einem weiteren Energiemix aus Erneuerbaren Energien und fossilen Rohstoffen führen und langfristig die Abhängigkeit von Kohle verringern könnten. Zurzeit spielen Erneuerbare Energien bei der Energieproduktion in Südafrika kaum eine Rolle. 90 Prozent der Elektrizität werden aus Kohle gewonnen, die restlichen zehn Prozent stammen aus einem Energiemix, bestehend aus nuklearer Energie, Wasserkraft und Erneuerbaren Energien. Auch weil das Land weltweit der fünfgrößte Produzent von Kohle ist und diese für die Stromgewinnung nutzen kann. Um auch weiterhin, aus Sicht der südafrikanischen Regierung, wettbewerbsfähig zu bleiben, sieht es sich nach wie vor von günstiger Energie abhängig. Um den ansteigenden Bedarf an Energie decken zu können, befindet sich beispielsweise ein weiteres Kohlekraftwerk im Bau, die Grundsteinlegung für ein nächstes Kraftwerk soll Ende des Jahres erfolgen. Das Medupi-Kraftwerk wird voraussichtlich Ende dieses Jahres, zur COP17-Konferenz, seinen Betrieb

aufnehmen. Das Medupi-Projekt konnte dank eines Darlehens durch die Weltbank finanziert werden. Internationale Klimaschützer kritisierten daher nicht nur die südafrikanische Regierung, sondern auch das Vorgehen der Weltbank, ohne deren Darlehen der Bau der Kohlekraftwerke nicht hätte realisiert werden können.

Südafrika, wie auch die meisten anderen Schwellenländer, muss eine Balance zwischen internationaler und nationaler Klimapolitik auf der einen und Wirtschafts- und Entwicklungspolitik auf der anderen Seite finden. Laut Jacob Zuma „werden die Belastungen des Klimawandels verheerende Auswirkungen auf die Entwicklung des Landes haben. Die Auswirkungen des Klimawandels werden die Entwicklungsländer am härtesten treffen und Regierungen werden damit kämpfen, eine Balance zwischen dem Erhalt der Natur und soziökonomischer Entwicklungen für ihre Bevölkerungen zu finden“. Südafrika befindet sich in einer Situation, in der es zum einen von Klimaveränderungen mit am schwersten betroffen sein wird, und zum anderen gehört es zu den größten Emittenten von Treibhausgasen überhaupt. Eine Reduzierung der Energiegewinnung durch Kohle würde jedoch kurzfristig zu einer Erhöhung der Energiepreise führen – eine Entwicklung, die eine zusätzliche direkte und indirekte Belastung der Bevölkerung, aber auch der Wirtschaft bedeuten würde. Der New National Growth Plan des Ministers für wirtschaftliche Entwicklung, Ebrahim Patel, sieht in den nächsten zehn Jahren die Schaffung von fünf Millionen neuer Arbeitsplätze vor. Eine Zahl, die bei einer finanziellen Mehrbelastung der Wirtschaft durch eine mögliche Verteuerung der Energiepreise kaum erreichbar wäre. Gerade die energieintensiven Industriezweige tragen einen Großteil zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei. Darüber hinaus könnte die Energiesicherheit bei einem schnellen Energiewechsel gefährdet sein. Südafrika setzt deshalb kurz- und mittelfristig weiter auf die Energiegewinnung durch Kohle, um langfristig in der Lage zu sein, vermehrt auf Erneuerbare Energien und Atomstrom umsteigen zu können. Südafrika verfolgt dabei eine *peak, plateau und decline*-Strategie, die es ihr erlauben würde ein Höchstniveau an CO₂-Ausstoß bis 2020/2025 zu erreichen, dieses Niveau über einige Jahre zu halten und den CO₂-Ausstoß anschließend zu reduzieren. Der Integrated Resource Plan 2010, welcher kürzlich vom Parlament verabschiedet wurde, sieht einen Energiemix aus 23 Prozent Atomstrom, 42 Prozent aus Erneuerbaren Energien und 15 Prozent Stromgewinnung aus Kohlekraftwerken bis zum Jahr 2030 vor. Damit hält das Land zwar langfristig an einer Energiegewinnung durch Kohle fest, wird aber den Anteil an Atomenergie drastisch erhöhen. Inwieweit der ambitionierte Plan umgesetzt werden kann ist

fraglich, da Energieminister Dipua Peters Flexibilität bei der Umsetzung des Plans in Abhängigkeit von der Zielüberprüfung hinsichtlich der Kosten und Realisierbarkeit sieht. Die südafrikanische nukleare Aufsichtsbehörde (NNR) prüfte nach dem Fukushima-Unglück die Sicherheit des einzigen AKWs des Landes und befand es als „ausreichend gesichert“. Auswirkungen auf die Energiepolitik des Landes hatte das Atomunglück nicht.

Im Rahmen internationaler Klimaverhandlungen betonen südafrikanische Verhandlungsführer vor allem die Notwendigkeit für finanzielle, technische und institutionelle Unterstützung beim Aufbau klimafreundlicher Kapazitäten durch Industrieländer. Damit folgt Südafrika dem Ruf anderer Entwicklungs- und Schwellenländer nach einer Klimagerechtigkeit zwischen den Annex-I- und Annex-II-Ländern des Kyoto-Protokolls. Denn Südafrika sieht auch für die langfristige eigene Entwicklung des Landes die Notwendigkeit einer Reduzierung der CO₂-Gase und hofft darauf, die nächste Runde der Bali-Roadmap in Durban erfolgreich auf den Weg bringen zu können. Acht Monate vor der nächsten Klimakonferenz werden unterschiedliche Stimmen aus dem südafrikanischen Umweltministerium vernehmbar. Auf der einen Seite hoffen die Gastgeber in Durban, zu einem Durchbruch in den internationalen Klimaverhandlungen zu kommen, auf der anderen Seite ließ der südafrikanische Hauptverhandlungsführer Alf Wills eher besonnene Töne verlauten, nämlich, dass „die Welt in Durban das Ergebnis erreichen wird, für das sie bereit sei“. Nach dem enttäuschenden Ausgang der COP15-Verhandlungen in Kopenhagen hatten die Delegierten in Cancún in den Schlussverhandlungen, auch dank des Einsatzes des südafrikanischen Verhandlungsteams, es zumindest geschafft, die Verhandlungen wieder auf den Weg zu bringen. Ob die COP17-Konferenz in einem Durban-Protokoll enden wird, ist fraglich. Berechtigterweise wird von Seiten der Zivilgesellschaft die Frage aufgeworfen, ob es sich die „Weltgemeinschaft“ leisten kann, die nächste Klimarunde ohne Ergebnisse zu beenden. Im Gegensatz zu den COP15-Verhandlungen will das südafrikanische Verhandlungsteam bereits im Vorfeld die Zivilgesellschaft einbinden und diese als Verbündete und Teilnehmer während der COP17-Verhandlungen einbeziehen.

Südafrika wird jedoch nicht dem Beispiel des mexikanischen Verhandlungsteams folgen und im Vorfeld der Verhandlungen vermehrt bilaterale Gespräche suchen. Nach Auffassung der südafrikanischen Umweltministerin Edna Molewa waren die bilateralen Gespräche vor COP16 notwendig, um das verlorene Vertrauen unter den Ländern nach den COP15-Verhandlungen wieder herzustellen. Die COP17-Verhandlungen werden unter anderen Bedingungen starten und das

Klima des Verständnisses, welches in Cancún erreicht wurde, dazu nutzen, ein Klimaabkommen auf den Weg zu bringen. Erwartet wird ein robustes Auftreten der Basic-Gruppe (Brasilien, Südafrika, Indien und China). Während der COP16-Verhandlungen wurde aber deutlich, dass es auch innerhalb dieser Gruppe unterschiedliche Auffassungen gibt. Dessen ungeachtet versucht die Basic-Gruppe, nach außen auch weiterhin ein Bild der Geschlossenheit zu präsentieren.

Wichtiger Partner in Klimafragen ist Deutschland. Das Engagement Deutschlands in den internationalen Klimaverhandlungen und besonders das der Bundeskanzlerin Angela Merkel werden in Südafrika aufmerksam verfolgt. Als Vermittlerin, die auf der einen Seite massiv für ein Klimaabkommen wirbt und auf der anderen Seite Verständnis für die Situation der Entwicklungsländer aufbringt, wird Merkel in Südafrika durchaus geschätzt. Zusätzlich kooperiert Deutschland auf verschiedenen Ebenen mit Südafrika im Bereich des Klimaschutzes und im Bereich der Energiegewinnung durch Erneuerbare Energien, denn das Potential für Erneuerbare Energien ist in Südafrika durchaus vorhanden.

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit sind für das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Rahmen des deutsch-südafrikanischen Schwerpunktes „Klima und Energie“ in Südafrika tätig. Laut der deutschen Botschaft in Pretoria ist hauptsächlich der Unternehmenssektor tätig, aber auch die Organisationen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, geleitet vom BMZ, und die politischen Stiftungen. Zudem werden Maßnahmen aus der Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt und Projekte der Forschungszusammenarbeit des Bundesministeriums für Bildung und Forschung umgesetzt. So fördert Deutschland zum Beispiel im Rahmen der internationalen Klimaschutzinitiative zurzeit fünf Projekte in Südafrika, von einem Kreditprogramm für Klimaschutzkommunen bis hin zu Umweltmanagementprojekten in Kommunen. Ein Beispiel für das Engagement der politischen Stiftungen ist das Green Goal-Projekt der Konrad-Adenauer-Stiftung in Südafrika. Der Green Goal Action Plan unterstützte die *Host City* Kapstadt nicht nur bei der Ausrichtung einer umweltfreundlichen Fußballweltmeisterschaft, sondern förderte auch eine kooperative Regierungsführung zwischen Orts- und Provinzebene. Der Action Plan ist das Ergebnis einer Workshopreihe, die die Konrad-Adenauer-Stiftung in Partnerschaft mit der Stadt Kapstadt, der Westkap-Provinzregierung sowie der Umweltorganisation Sustainable Energy Africa durchgeführt hat. Nach dem Vorbild von „Green Goal“ in Deutschland, einem vom Öko-Institut entwickelten

Umweltkonzept, erarbeiteten die Südafrikaner gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung den auf die speziellen Bedürfnisse ihres Landes zugeschnittenen Action Plan. Langfristig wird Südafrika dennoch mehr, vor allem institutionelle, Unterstützung benötigen, um nachhaltige Klimaschutzbemühungen umsetzen zu können.

Besonders das Bewusstsein für klimarelevante Themen muss gefördert werden. Eine mediale Begleitung bei der Umsetzung von Klimainitiativen, um die Bevölkerung zu sensibilisieren, wäre daher notwendig. Während die mediale Berichterstattung im Vorfeld zu den COP16-Verhandlungen doch eher schleppend verlief, kann dagegen zurzeit ein Umdenken innerhalb der Medienwelt beobachtet werden. Vermehrt greifen südafrikanische Politiker die Themen Umwelt und Klima auf. Tages- und Wochenzeitungen berichteten vor allem im Nachgang von Cancún zunehmend über klimarelevante Themen und betonen das positive Auftreten des südafrikanischen Verhandlungsteams in Mexiko. Allerdings vernachlässigen es die Medien bislang, sich kritisch mit nationalen Klimathemen auseinanderzusetzen. Eine reflektierte Berichterstattung zum Grünbuch oder zu nationalen Strategien fand bislang kaum statt. Es kann sowohl auf Regierungsebene wie auch innerhalb der Medienberichterstattung eine deutliche Diskrepanz zwischen internationalem Anspruch nach einer führenden Rolle in den Klimaverhandlungen und nationalem Klima-Bewusstsein festgestellt werden.



In Durban in der Provinz KwaZulu-Natal finden 2011 die Weltklimaverhandlungen (COP17) statt.

Doch möchte Südafrika als gutes internationales Beispiel voran gehen und die COP17-Verhandlungen zu einem Erfolg führen, braucht das Land einen langfristigen und nachhaltigen Strategieplan, um den bevorstehenden Herausforderungen entgegenzutreten zu können. Dazu bedarf es einer mutigen nationalen Klimapolitik, und vor allem eines Grünbuchs, welches einen klaren Weg aufzeigt und nicht nur Absichtserklärungen enthält. Die wichtigste nationale Herausforderung für das Land wird dabei sein, die verschiedenen politischen Themenfelder miteinander in Einklang zu bringen.

TÜRKEI

Jan Senkyr

Der Klimawandel ist in der Türkei kein vorrangiges Thema der politischen Auseinandersetzung. In der Zivilgesellschaft, den Medien und in akademischen Kreisen werden jedoch Fragen des Umweltschutzes, der Treibhausgasreduzierung und die damit zusammenhängenden Folgen vor allem für die Energiepolitik regelmäßig diskutiert. Und obwohl ein ausdrückliches Bekenntnis zum Klimaschutz seitens der politischen Elite eher sporadisch vorkommt, hat die türkische Regierung in Zusammenarbeit mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren in den letzten Jahren dennoch eine Reihe von Maßnahmen und Initiativen ergriffen, die den Rahmen für eine konsistente Klimaschutzpolitik schaffen. Die Türkei will sich damit einerseits in der aktuellen internationalen Klimaschutz-

diskussion als ernst zu nehmender Akteur profilieren und damit ihre Rolle als aufstrebendes Schwellenland unterstreichen. Andererseits leitet sie die Erkenntnis, dass eine zukunftsorientierte Klimapolitik durchaus den eigenen strategischen Interessen entgegenkommt. Als Land mit nur geringen fossilen Energiequellen setzt die Türkei vor allem auf Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und auf neue Technologien zur Erschließung Erneuerbarer Energien. In beiden Bereichen hat die Türkei große Potentiale. Darüber hinaus ist der Einstieg in die Atomenergie geplant.

Im Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (United Framework Convention on Climate Change, UNFCCC) wird die Türkei den entwickelten Ländern zugeordnet. Angesichts der